

---

**N i e d e r s c h r i f t**

**über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Digitalisierung und moderne  
Verwaltung am 17.01.2023**

**Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr**  
**Sitzungsende: 17:25 Uhr**  
**Sitzungsort: Ratssaal des Rathauses Dessau**

**Teilnehmer/-innen: siehe Anwesenheitsliste**

**Öffentliche Tagesordnungspunkte**

**1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung  
und der Beschlussfähigkeit**

Der **Ausschussvorsitzende, Herr Stadtrat Weber**, begrüßt die Mitglieder und Gäste des Ausschusses, stellt die form- und fristgerechte Ladung und Beschlussfähigkeit mit 7 anwesenden Mitgliedern fest.

**2 Beschlussfassung der Tagesordnung**

Zur vorliegenden Tagesordnung werden keine Änderungs- und/oder Ergänzungsanträge vorgebracht. Der **Ausschussvorsitzende** stellt die Tagesordnung zur Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:**

7/0/0

**3 Genehmigung der Niederschriften vom 16.11.2022, 23.11.2022,  
30.11.2022**

Zu den Niederschriften vom 16.11.2022, 23.11.2022 und 30.11.2022 werden keine Änderungs- und/oder Ergänzungsanträge vorgebracht.

Der **Ausschussvorsitzende** stellt die Niederschriften zur Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:**

Niederschrift vom 16.11.2022	7/0/0
Niederschrift vom 23.11.2022	6/0/1
Niederschrift vom 30.11.2022	7/0/0

**4 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums**

Der **Ausschussvorsitzende** informiert, dass in der Sitzung des Finanzausschusses am 30.11.2022 keine nichtöffentlichen Beschlüsse gefasst wurden.

16:33 Uhr – **Herr Stadtrat Mrosek** erscheint. Der Finanzausschuss ist mit 8 anwesenden Mitgliedern beschlussfähig.

## 5 Einwohnerfragestunde

Zur **Einwohnerfragestunde** wurden durch einen Bürger 3 Anfragen eingereicht. Der Bürger selbst ist nicht anwesend. Die Anfragen werden wörtlich zu Protokoll genommen und schriftlich beantwortet.

### Frage 1

„Warum wird hier so mit den Bürgeranfragen und den Beschlüssen des Stadtrates umgegangen und wann gibt es endlich die Antwort?“

Ich habe im Finanzausschuss am 08.11.2022 und 16.11.2022 bereits reklamiert das bis heute keine Antwort auf eine Anfrage aus dem Finanzausschuss vom 07.09.2021 eingetroffen ist. Der Bürger hat 3 Fragen die er stellen darf und fragt nun nach genau dem selben Sachverhalt ein 4. Mal nach.

Antwortfrist 6 Wochen oder einen Zwischenbescheid des Oberbürgermeisters. Fehl-anzeige.

Auch im Ratsinfosystem ist nichts dazu aufgetaucht. Es soll hier ja auch um Digitalisierung und moderne Verwaltung gehen.

Wenn der Bürger wissen will was konkret angeschafft werden soll, für 140 000 Euro, der Beschluss gefasst ist, kann die Antwort wohl nicht so schwer sein.

Vielleicht gab es auch eine Antwort im Ausschuss am 16.11.2022 diese kennt der Bürger aber nicht weil wieder einmal entgegen den Beschlüssen des Stadtrates und des Kommunalverfassungsgesetzes die Niederschrift nicht in der nächsten Sitzung bestätigt wurde. Dieses ist ein Dauermissstand der hier, ganz besonders im Finanzausschuss, zu beanstanden ist. Trotz Beanstandung hält man es nicht für nötig diesen Missstand zu beheben. Das fällt bestimmt unter Moderne Verwaltung.“

### Frage 2

„Welche dieser Aussagen stimmt mit welcher Begründung?“

In der Mitteldeutschen Zeitung war am 06. und 09. Dezember zwei Artikel zu lesen. Einmal über den Abschied von Frau Nußbeck und einmal über die Haushaltsberatungen mit der Überschrift „Verschuldung wächst“

Laut dem Artikel über Frau Nußbeck : Die Verschuldung fast bei Null und 80 Millionen auf der hohen Kante. Kapitaldienst sind nicht mehr zu leisten.

Laut Artikel über die Haushaltsberatungen: sollen die Schulden 2023 auf 93,3 Millionen Euro steigen.

---

Hat hier die Mitteldeutsche Zeitung Fake News verbreitet? Diese Fakten weichen so eklatant voneinander ab, das unmöglich beides richtig sein kann.“

## Frage 3

„Was ganz konkret ist hier wie gelaufen das die Stadt hier 6 Millionen bezahlen muss?

Die Stadt Dessau hat dem Klinikum einen 6 Millionen Euro Zuschuss gewährt. Zum Stadtrat am 07.12.2022 gab es eine Vorlage zum Wirtschaftsplan des Klinikums für 2023. Ich kann diese Ausgabe/Einnahme aber nicht im Wirtschaftsplan finden. Bei dieser Größenordnung sollte das aber so sein. Ich kann auch keinen Beschluss des Stadtrates über diese Summe beim letzten Stadtrat finden. Irgendjemand müsste solch eine Ausgabe ja genehmigen.

Auch ob dieses Thema in den Haushaltsberatungen war weiß der Bürger nicht, weil die Niederschriften dazu ja nicht ordnungsgemäß bestätigt wurden und der Bürger diese deshalb nicht einsehen kann. Deshalb ist dem Bürger auch unbekannt ob dieses schon im bestätigten Haushalt enthalten ist oder zusätzlich noch zu stemmen ist. 6 Millionen sind keine Kleinigkeit.

Außerdem scheint vom Klinikum Geld aus dem Topf Leistungsorientierte Bezahlung für andere Zwecke benutzt worden zu sein was jetzt für diesen Zweck zu fehlen scheint. Auch davon habe ich im Wirtschaftsplan nichts gefunden.

Es wäre mit Sicherheit auch zu klären ob die Rückstellung die das Klinikum aufgelöst hat Zweckgebunden war und wenn warum es für etwas anderes verwendet wurde. Hier tut Aufklärung glaube ich dringend Not.“

## 6 Öffentliche Anfragen und Informationen

### 6.1 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

**Frau Wirth, Amtsleiterin Amt für Stadtfinanzen**, informiert über die Entscheidung des Landesverwaltungsamtes, Abt. Kommunales, Ordnung, Verbraucherschutz und Migration zur Haushaltssatzung der Stadt Dessau-Roßlau für das Jahr 2023. Die Genehmigung erfolgte beanstandungslos.

Die Veröffentlichung der Haushaltssatzung 2023 erfolgt im nächsten Amtsblatt, so dass der Haushalt 2023 Ende Januar in Kraft treten und umgesetzt werden kann.

Seitens der Kommunalaufsicht gab es keine Auflagen, jedoch den Hinweis, dass sich die in den nächsten Jahren geplanten enormen Kreditaufnahmen für Investitionsvorhaben nachteilig auf die zukünftige Finanzlage der Stadt auswirken. Dies bittet **Frau Wirth** zukünftig und auch in Bezug auf die heute hier noch zu treffenden Entscheidungen zu beachten.

Im Weiteren informiert **Frau Wirth** über das vorläufige Ergebnis bei den investiven Auszahlungen für das Jahr 2022. Diese liegen bei 36,6 Mio. EUR; geplant waren 75 Mio. EUR. Im Vergleich wurden im Jahr 2021 36,2 Mio. EUR umgesetzt. Das vorläufige Ergebnis im Ergebnishaushalt werde etwas besser als geplant ausfallen, so

**Frau Wirth.** Konkret könne sie das noch nicht beziffern, da man sich noch im Buchungsgeschäft befinde und Abschreibungen etc. ermittelt werden müssen. 13,6 Mio. EUR Defizit waren geplant. In der Haushaltsplanung 2023 wurde bereits eine Ergebnisverbesserung von 6 Mio. EUR „eingepreist“, was ein Defizit von noch 7,6 Mio. EUR ergibt. Dieser Betrag werde nach ersten Berechnungen noch etwas besser ausfallen.

**Herr Stadtrat Mrosek** informiert über eine Verlautbarung der Bundesregierung in Bezug auf die Baupreissteigerungen und zitiert daraus.

„Auf die extremen Baupreissteigerungen hat die Bundesregierung bereits Ende März 2022 schnell mit einer Ausweitung der Stoffpreisgleitklausel bei Bauverträgen der öffentlichen Hand reagiert. In abgestimmten Rundschreiben jeweils für den Bundeshochbau und den Bundesverkehrswegebau haben das Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen und das Bundesministerium für Digitales und Verkehr Hinweise gegeben, wie bauvertragsrechtlich zu handeln ist.“

Er bittet um Kenntnisnahme und Beachtung.

Weitere sonstige Anfragen und Mitteilungen werden nicht vorgebracht.

## **7 Beschlussfassungen**

### **7.1 Entscheidung über die Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen gemäß § 99 Abs. 6 KVG LSA Vorlage: BV/423/2022/I-OB**

Anfragen und/oder Wortmeldungen werden nicht vorgebracht.

Der **Ausschussvorsitzende** stellt die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

#### **Abstimmungsergebnis:**

9/0/0

### **7.2 Entscheidung über die Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen gemäß § 99 Abs. 6 KVG LSA Vorlage: BV/428/2022/I-OB**

Es werden keine Anfragen und/oder Wortmeldungen vorgebracht.

Der **Ausschussvorsitzende** stellt die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

#### **Abstimmungsergebnis:**

9/0/0

**7.3 Entscheidung über die Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen gemäß § 99 Abs. 6 KVG LSA**  
**Vorlage: BV/437/2022/I-OB**

Es werden keine Anfragen und/oder Wortmeldungen vorgebracht.

Der **Ausschussvorsitzende** stellt die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:**

9/0/0

**7.4 Museumskonzept Teil 1 (Zukunftsmodell) für das neue Museum Dessau-Roßlau**  
**Vorlage: BV/375/2022/I-41**

Der **Ausschussvorsitzende** ergreift das Wort und führt aus, dass die vorliegende Beschlussvorlage zur Kenntnis genommen wurde. Auch habe er sich darüber mit einigen der Ausschussmitglieder verständigt. Im Ergebnis wolle er an dieser Stelle darauf hinweisen, dass der Finanzausschuss in der Sache, d. h. was Detail- und Gestaltungsanfragen betreffe, nicht der zuständige Fachausschuss sei. Es liege ihm fern, so der **Ausschussvorsitzende** weiter, die Einreicher der Beschlussvorlage zu beleidigen, zumal sich diese zur heutigen Ausschusssitzung entsprechend vorbereitet haben. Jedoch stelle sich vorrangig die Frage nach dem Standort. Der Finanzausschuss müsse sich aber vornehmlich darum kümmern, wie dieses Vorhaben später finanziell einzuordnen sei. Der Kulturausschuss sei der erste, der die Präsentation beurteilen müsse und dem Finanzausschuss Empfehlungen geben müsse, wie das Vorhaben gestaltet werden solle und dieser müsse auch in der inneren Abwägung einen Finanzierungsvorschlag unterbreiten. Insofern wolle er heute hier die Mitglieder des Finanzausschusses um Verständnis bitten, dass er in der Frage, wie weit man heute gehen wolle, zurückhaltend sei. Es liege mit der heutigen Beschlussvorlage ein erster Vorschlag vor, den der Finanzausschuss zur Kenntnis nehmen könne. Weiterhin warte man auf die Standorte Lange Gasse und Dessau-Center. Er wolle heute vielleicht noch nicht soweit gehen, sich die gesamte Präsentation anzusehen und die Beschlussvorlage lediglich zur Kenntnis zu nehmen, da der Gesamtauftrag, den der Stadtrat erteilt habe, noch nicht erfüllt sei. Sollten dies die anderen Mitglieder des Ausschusses anders sehen, bitte er um entsprechende Wortmeldung.

**Herr Stadtrat Eichelberg** erklärt, dass er dies ebenso so sehe. Es gebe einen Fachausschuss, den Kulturausschuss, der sich intensiv mit der Thematik befassen müsse. Der Finanzausschuss könne sich ausschließlich mit der Thematik der Finanzierung des Vorhabens befassen und entsprechende Entscheidungen treffen.

**Herr Stadtrat Mrosek** pflichtet dem Ausschussvorsitzenden und Herrn Stadtrat Eichelberg bei und erklärt, dass er und seine Fraktion dies ebenfalls so sehen.

**Herr Stadtrat Rumpf** weist darauf hin, dass der Finanzausschuss heute eine Entscheidung treffen müsse. Die bloße Kenntnisnahme reiche nicht aus. Die Frage sei doch, wann das Prüfergebnis der anderen beiden Standorte vorgelegt werde. Dies war der vorliegenden Beschlussvorlage nicht zu entnehmen. Die Beschlussvorlage beleuchte nur den Standort Johannbau, jedoch gab es im Stadtrat dazu eine andere Diskussion.

Der **Ausschussvorsitzende** erklärt, dass er entsprechend dem Vorschlag der Verwaltung diese Beschlussvorlage für die heute Sitzung zugelassen habe. Jedoch stehe dem Finanzausschuss frei zu entscheiden, wie er mit dieser Beschlussvorlage umgehen wolle. Da die Vorlage finanziell nicht unterlegt sei, schlage er vor diese zurückzustellen und die Empfehlung abzugeben, dass zuerst der Fachausschuss – Kulturausschuss – eine Entscheidung treffen solle.

**Herr Stadtrat Rumpf** beantragt die Beschlussvorlage zurückzustellen, bis die anderen beiden Standorte betrachtet seien und der Kulturausschuss sich zum Thema „Museumskonzept“ einen Standpunkt gebildet habe. Dem kann der Finanzausschuss nicht vorgreifen, zumal die Vorlage finanziell nicht unterlegt sei.

**Herr Eichelberg** weist darauf hin, dass sich auch der Bauausschuss vor dem Finanzausschuss mit der Thematik befassen sollte.

**Herr Stadtrat Picek** richtet sich an **Frau Dr. Backhaus, Projektleiterin Museumsentwicklung / Leitung Museum** und erfragt, ob die Standortfrage nicht Teil des Konzeptes sei, dessen Finanzierung heute hier beschlossen werden solle. Frau Dr. Backhaus führt aus, dass Arbeitsgrundlage die beiden Stadtratsbeschlüsse Arbeitsprogramm Kultur und Masterplan Stadteingang Ost seien. In beiden sei der Standort Johannbau festgeschrieben. Eine anderslautende Entscheidung des Stadtrates sei ihr nicht bekannt, d. h. sie wisse, dass die anderen beiden Standorte diskutiert wurden, es jedoch keinen diesbezüglichen Beschluss gebe, auf den sich die Verwaltung beziehen könne. Parallel gebe es noch die Bestrebungen, gemeinsam mit der Stiftung Bauhaus, der Kulturstiftung Dessau-Wörlitz und den Kultureinrichtungen der Stadt eine Depotlösung zu finden. D. h., dass die Frage der Unterbringung der Sammlung mittlerweile losgelöst vom Museum sei. Dafür wurden finanzielle Mittel im Haushalt 2023 für die Erarbeitung einer Machbarkeitsstudie bereitgestellt. Geprüft werden solle die Nutzung der Schultheissbrauerei als Zentraldepot.

Der **Ausschussvorsitzende** stellt klar, dass der Stadtratsbeschluss „Betrachtung von drei Standorten“ laute, d. h. Standort Johannbau, die Lange Gasse und das Dessau-Center. Die Schultheissbrauerei sei auch noch keine Beschlusslage zumal es für diesen Standort weitere Angebote beispielsweise zur Unterbringung des Landeszentralarchives gebe. Er empfiehlt dem Einbringer der Beschlussvorlage, sich diesbezüglich innerhalb der Verwaltung und auch mit dem Kulturausschussvorsitzenden noch einmal abzustimmen. Er habe bereits dazu ausgeführt, so der **Ausschussvorsitzende** weiter, dass der Finanzausschuss die finanzielle Seite zu prüfen habe. Insofern müsse hier im Finanzausschuss die finanzielle Seite der zu prüfenden

---

Standorte dargestellt werden. Im Weiteren empfiehlt er der Verwaltung, diese Thematik und Arbeitsrichtung nochmals zu besprechen.

Auf die Nachfrage von **Herr Stadtrat Picek**, inwieweit eine Entkopplung der Standortfrage vom Konzept möglich wäre, führt **Frau Dr. Backhaus** aus, dass die vorliegende Beschlussvorlage tatsächlich noch keine Kostenbetrachtung enthalte. Im eigentlichen Sinne gehe es darum, eine Arbeitsrichtung zu beschließen. Der Standort sei in diesem Falle tatsächlich nicht relevant, da es um die inhaltliche Ausrichtung und die Art des Museums gehe. Wie dies am Ende realisiert werde, spiele in dem Konzept zu diesem Zeitpunkt keine Rolle.

**Herr Stadtrat Rumpf** macht an dieser Stelle deutlich, dass ein heutiger Beschluss auch ein Beschluss zu diesem Standort wäre. Aus seinen Erfahrungen der vergangenen Jahre wäre dies dann die einzige Arbeitsrichtung. Aus diesem Grund könne der Finanzausschuss die Beschlussvorlage an dieser Stelle nur zurückstellen, auch wenn die vorgesehene Terminkette nicht eingehalten werden könne. Dies bereite aber den Weg dafür, dass insgesamt erst einmal das Museumskonzept auf den Weg gebracht werden könne, ohne den Standort zu betrachten. Dann könnte der Finanzausschuss dem auch zustimmen.

**Herr Stadtrat Picek** schlägt die Aufnahme eines 3. Beschlusspunktes die Abkopplung der Standortfrage vom Konzept betreffend vor.

**Herr Stadtrat Rumpf** sieht hierin keinen Sinn. Mutmaßlich beschließt der Kulturausschuss diesen Punkt nicht mit, im Ergebnis laufe die weitere Arbeitsrichtung wieder in Richtung nur des Standortes Johannbau. Es bestehe nur die Möglichkeit, um die Sache nicht aufzuhalten, diese Vorlage noch einmal zurückzustellen. Die Verwaltung könne die Beschlussvorlage dann überarbeiten und ohne die Standortfrage nochmals einreichen.

**Herr Stadtrat Eichelberg** untermauert die bisher geführte Diskussion. Der Finanzausschuss könne den Fachausschüssen nicht vorgreifen, ohne Gefahr zu laufen, dass diese anders entscheiden und dann alles nur auf einen Standort hinauslaufe. Er unterstütze den Vorschlag von Herrn Rumpf, die Beschlussvorlage entsprechend zu überarbeiten.

Weitere Anfragen und/oder Wortmeldungen werden nicht vorgebracht.

Der **Ausschussvorsitzende** stellt den Antrag von Herrn Stadtrat Rumpf, die Beschlussvorlage zurückzustellen und nach Beratung durch den Kulturausschuss und den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Stadtgrün und Mobilität wieder auf die Tagesordnung des Finanzausschusses zu nehmen zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

9/0/0

- 7.5**      **2. Novellierung des Maßnahmebeschlusses BV/243/2020/IV-41 vom 14.10.2020 - Sanierung des Blumengartenhauses im Park Georgium zur Unterbringung der Museumspädagogik der Anhaltischen Gemäldegalerie**  
**Vorlage: BV/370/2022/III-65**

Es werden keine Anfragen und/oder Wortmeldungen vorgebracht.

Der **Ausschussvorsitzende** stellt die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:**

9/0/0

- 7.6**      **Novellierung des Gesamtmaßnahmebeschlusses Umbau und Erweiterung der Bürgerinformation zum zentralen Bürgeramt sowie Maßnahmebeschluss für die Ausstattung Bürgeramt / Gestaltungskonzept**  
**Vorlage: BV/374/2022/III-65**

**Herr Stadtrat George** verweist auf das Corporate Design der Stadt, an welches sich die Gestaltung des Bürgerbüros anlehnen sollte. Hier sollte man auf zusätzliche andersfarbige Gestaltungselemente verzichten.

Auf die Nachfrage zur Höhe der Kosten für die Erstbepflanzung erklärt **Frau Lohde, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Bauen und Stadtgrün**, dass sie diese Kosten für das Spezialbehältnis und die Beschriftung für durchaus real halte.

Weitere Anfragen und/oder Wortmeldungen werden nicht vorgebracht.

Der **Ausschussvorsitzende** stellt die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:**

9/0/0

Der **Ausschussvorsitzende** stellt die Nichtöffentlichkeit her.

**10**      **Schließung der Sitzung**

Der **Ausschussvorsitzende** schließt die Sitzung des Finanzausschusses um 17:25 Uhr.

Dessau-Roßlau, 15.03.23

---

Hendrik Weber  
Vorsitzender Ausschuss für Finanzen, Digitalisierung und  
moderne Verwaltung

Düring  
Schriftführer/in